



Nigeria



Nigeria

| Einwohner: | Religionszugehörigkeit: | |
|---------------|-------------------------|-----|
| 169 Millionen | Muslime | 49% |
| | Christen | 49% |
| | sonstige | 2% |

Das staatliche System

Nigeria ist eine Bundesrepublik nach dem Vorbild der Vereinigten Staaten von Amerika und besteht aus 36 Bundesstaaten sowie dem Bundesterritorium Abuja. Abuja ist die Hauptstadt Nigerias und Sitz der Bundesregierung. Der offizielle Wahlspruch Nigerias lautet „Einheit und Glaube, Friede und Fortschritt“. Staatsoberhaupt ist der Präsident, ähnlich wie in den USA oder in Frankreich. Nach Erlangung der Unabhängigkeit im Jahr 1960 erlebte das Land unruhige Jahre mit mehreren Militärregierungen. Seit 1999, dem Jahr, in dem auch die jetzige Verfassung des Landes in Kraft getreten ist, herrschen wieder demokratische Verhältnisse. Die jetzige Phase wird auch als „vierte Republik“ bezeichnet.

Bei den Präsidentschaftswahlen im März 2015 siegte der Kandidat der Opposition über den bisherigen Präsidenten Goodluck Jonathan. Damit kam es erstmals in der Geschichte Nigerias zu einem demokratischen Regierungswechsel. Seit Mai 2015 bekleidet nun Muhammadu Buhari das Amt des Präsidenten, ein Muslim; Vizepräsident ist Yemi Osinbajo, ein Christ. Die Ämter rotieren bei jeder Präsidentschaftswahl, was bedeutet, dass bei der nächsten Wahl der Präsident wieder ein Christ und der Vize-Präsident ein Muslim sein sollte. Muhammadu Buhari ist ein ehemaliger General der nigerianischen Streitkräfte und war – nach einem Militärputsch an die Macht gekommen – von 1983 bis 1985 schon einmal Staatsoberhaupt des Landes.

Von März bis August 2014 beriet eine „Nationale Konferenz“ über eine umfassende Erneuerung der Verfassung. Mehr als 600 Empfehlungen zu nahezu allen Politikbereichen wurden von dieser Konferenz formuliert. Die Umsetzung dieser Empfehlungen ist Aufgabe des im April 2015 neu gewählten Parlamentes, in dem die sozialdemokratische Partei „All Progressives Congress“ (APC) von Präsident Buhari über eine absolute Mehrheit verfügt.



Wie in so vielen Ländern besteht auch in Nigeria eine große Kluft zwischen dem, was in der Verfassung steht, und dem, was dann in der Wirklichkeit geschieht. Die Hauptgründe dafür sind: a) Die tatsächliche Macht liegt in den Händen der Obas (Stammesfürsten), die vor Ort das letzte Wort haben; b) die stammesspezifischen Fürstentümer, die sich unter der britischen Kolonialherrschaft (1860-1960) verfestigt haben, akzeptieren in Wirklichkeit selten die von der Zentralregierung erlassenen Gesetze; c) religiöse und parteipolitische Rivalitäten, die sich im „alten Clanrachedenken“ widerspiegeln, machen es schwierig, Maßnahmen zu verwirklichen; d) das hohe Maß an Korruption aller politischen – und in einigen Fällen auch der religiösen – Klassen vereiteln jeden Versuch, demokratische Vorgaben zu verwirklichen. Es gibt ständig Diskussionen im ganzen Land, ob die Demokratie wirklich die geeignetste Staatsform für die bevölkerungsreichste Nation Afrikas ist.

Ethnische und religiöse Vielfalt

Nigeria, mit rund 177 Millionen Einwohnern das bevölkerungsreichste Land Afrikas, ist geprägt durch eine große ethnische und religiöse Vielfalt. Mehr als 500 verschiedene Sprachen und Dialekte werden dort gesprochen. Religion spielt eine große Rolle in Nigeria, sie ist für die meisten Bürger des Landes von hoher Bedeutung. Die beiden vorherrschenden Religionen sind das Christentum und der Islam. Beide Religionsgemeinschaften sind in etwa gleich groß mit einem Anteil an der Gesamtbevölkerung von etwa 45 bis 50 Prozent. Rund 5 bis 10 Prozent sind Anhänger von traditionellen afrikanischen Religionen. Der Norden Nigerias ist stärker islamisch geprägt, der Süden stärker christlich; überall aber gibt es eine gewisse Durchmischung dieser beiden großen Religionen.

Schutz der Religionsfreiheit durch die Verfassung

Die Verfassung von Nigeria erkennt die Religionsfreiheit an; dazu gehört das Recht, seinen Glauben zu bekunden, zu propagieren oder zu wechseln. Artikel 38, Paragraph 1 besagt: „Jede Person hat das Recht auf Gedankenfreiheit, Gewissensfreiheit und Religionsfreiheit und das Recht, ihre Religion oder ihren Glauben zu wechseln und die Freiheit, (entweder alleine oder in Gemeinschaft mit anderen sowohl in der Öffentlichkeit als auch privat) ihre



Nigeria

Religion oder ihren Glauben durch Kult, Lehre, praktische Anwendung und Befolgung auszuüben.“

In Artikel 10 heißt es: „Die Bundesregierung oder die Regierung eines Bundesstaates soll keine Religion als Staatsreligion festlegen.“ Allerdings ist Nigeria auch Mitglied der Organisation der Islamischen Konferenz (OIC), und im Oktober 1999 weiteten 12 der 36 Staaten der Föderation (alle im Norden: Bauchi, Borno, Gombe, Jigawa, Kaduna, Kano, Katsina, Kebbi, Niger, Sokoto, Yobe und Zamfara) die Anwendung der Scharia vom Familienrecht (wo es bereits angewandt wurde) auf das Strafrecht aus. Das bedeutete die Einführung von Auspeitschung, Amputation von Gliedmaßen und Todesstrafe (durch Steinigung). Mindestens fünf Staaten (Bauchi, Zamfara, Niger, Kaduna und Kano) haben eine Religionspolizei (Hisbah) eingesetzt, um die Anwendung der Scharia im täglichen Leben durchzusetzen. In einigen Fällen wurde ihnen Missbrauch bei der Vollstreckung des Gesetzes vorgeworfen (beispielsweise die ungerechtfertigte Beschlagnahmung von alkoholischen Getränken).

Im Prinzip gilt die Scharia in zivil- und strafrechtlichen Belangen nicht für Nichtmuslime. Das gleiche gilt für das islamische Gesetz in Bezug auf die Konversion vom Islam zu einer anderen Religion. Dennoch sind Nichtmuslime in Nigeria auf verschiedene Art und Weise von der Scharia betroffen, besonders, was den Konsum und den Verkauf von alkoholischen Getränken betrifft und die Geschlechtertrennung und Diskriminierung, denen Frauen in öffentlichen Verkehrsmitteln, in Schulen und im Gesundheitswesen ausgesetzt sind. Die Bundesstaaten, in denen die Scharia gilt, stellen großzügige Mittel für Pilgerreisen nach Mekka und für den Bau von Moscheen zur Verfügung. Sie tun das gleiche, aber in geringerem Maße, für christliche Gebetsstätten und Pilgerreisen nach Jerusalem. Viele christliche Kirchen im Norden und einige wenige muslimische Gruppen im Süden beklagen, dass die lokalen Behörden städtische Verordnungen als Vorwand nutzten, um den Bau neuer Gebetsstätten zu verbieten.

Religionsgemeinschaften in Nigeria

Von den gut 80 Millionen Christen gehört der größere Teil zu protestantischen, freikirchlichen, pfingstlichen und anderen christlichen Gemeinschaften, der



kleinere Teil zur katholischen Kirche. Seit Ende der 1990er Jahre haben die Aktivitäten der charismatischen Pfingstgemeinden, besonders der „Redeemed Church of God“, der „Winners Chapel“, der „Presbyterianischen Kirche Nigerias“ und der „Evangelical Church of West Africa“ deutlich zugenommen. Diese Gruppierungen haben Hunderttausende neuer Mitglieder für sich gewinnen können, hauptsächlich durch Übertritte von den traditionellen christlichen Konfessionen (Katholiken und Protestanten).

Unter den Muslimen bilden die Sunniten eine deutliche Mehrheit von rund 90 Prozent (Malikiten, Shafi'iten, Salafiten). Doch beeinflussen auch islamische Minderheiten wie Sufis und Schiiten den Unterricht und die Bräuche des Islams. Einen immer größeren Einfluss üben muslimische Splittergruppen aus, wie die Muslimische Bruderschaft, die Quranisten und die Ahmadiyya-Muslime.

Der offiziell anerkannte geistige Führer aller Muslime in Nigeria ist der Sultan von Sokoto. Sokoto ist eine Stadt im äußersten Nordwesten Nigerias. Seit November 2006 hat Muhammad Sa'ad Abubakar das Amt des Sultans von Sokoto inne. Er ist zugleich einer der beiden Co-Präsidenten des „Nigerianischen Verbands des Handelns für den Glauben“. Der andere Co-Präsident dieses Gremiums ist John Olorunfemi Kardinal Onaiyekan, der katholische Erzbischof von Abuja.

Interreligiöse Konflikte

Seit vielen Jahren ist das Zusammenleben der verschiedenen Volks- und Religionsgruppen in Nigeria von Spannungen und Konflikten geprägt. Nachdem Nigeria im Jahr 1999 zur Demokratie zurückgekehrt und mit Olusegun Obasanjo ein Christ zum Staatspräsident gewählt worden war, verstärkten sich politische Strömungen und Bewegungen, die zumindest im Norden Nigerias eine stärkere Islamisierung der Gesellschaft anstrebten. Noch im selben Jahr 1999 weiteten einige Bundesstaaten im Norden des Landes, wie oben schon erwähnt, die Anwendung des Scharia-Rechtes auch auf das Strafrecht aus. Die Scharia stellt ein starkes Symbol muslimischer Identität dar. Zugleich leiden große Teile der Bevölkerung unter einer tiefen Verunsicherung, hervorgerufen durch Armut und Arbeitslosigkeit, fehlende Zukunftsperspektiven, zunehmende Kriminalität und weit verbreitete Korruption in Politik, Wirt-



Nigeria

schaft und Verwaltung. Für viele (wenngleich nicht alle!) Muslime in den betroffenen Bundesländern war die Ausweitung der Scharia-Gesetzgebung ein positives Signal. Unter den Nicht-Muslimen wuchsen dagegen die Befürchtungen, dass sich für sie die Lebensbedingungen verschlechtern würden, was zu neuen Spannungen und Unruhen führte, die sich teilweise in gewaltsamen und blutigen Zusammenstößen entluden.

Boko Haram – Islamisierung durch Gewalt?

Vor dem Hintergrund dieser politischen und gesellschaftlichen Spannungen ist auch das Erstarken der islamistischen Bewegung „Boko Haram“ zu verstehen, einer Gruppe, die sich seit etwa 2009 zu einer der gefährlichsten und gewalttätigsten militanten islamistischen Bewegungen weltweit entwickelt hat. Einen wichtigen Stützpunkt hat diese Bewegung in der Stadt Maiduguri im Bundesstaat Borno, wo die Bewegung im Jahr 2002 von dem islamischen Prediger Mohammed Yusuf gegründet wurde. Im Juli 2009 wurde Yusuf nach heftigen Gefechten vom Militär festgenommen und starb unter umstrittenen Umständen im Militärgewahrsam. Das Militär behauptet, er sei bei einem Fluchtversuch erschossen worden, Menschenrechtsorganisationen gehen dagegen von einer außergerichtlichen Hinrichtung aus.

Die radikal-islamische Bewegung bezeichnet sich selbst als „Vereinigung der Sunniten für den Ruf zum Islam und den Dschihad“ und verfolgt das Ziel, im muslimisch geprägten Norden Nigerias einen islamischen Staat auf der Grundlage von Koran und Scharia zu errichten. Das klingt nach einer islamischen Missionsbewegung, die den Islam verbreiten möchte durch Propaganda und – wo nötig – auch durch militärischen Kampf.

Zugleich ist Boko Haram aber auch als eine militante Protestbewegung gegen die gravierenden sozialen Ungerechtigkeiten, vor allem im Nordosten Nigerias, anzusehen. Denn dort vor allem hat die Bewegung Zulauf unter arbeitslosen und frustrierten jungen Männern. Der Nordosten gilt als das „Armenhaus“ Nigerias und wird von der Politik vernachlässigt, denn die Wählerstimmen in der vergleichsweise dünn besiedelten Region fallen kaum ins Gewicht. Für die korrupte und eigensüchtige politische Elite ist die Region damit uninteressant. Verzweifelte junge Männer greifen daher nach jedem Strohalm, der ihnen hingehalten wird. Die islamistische Ideologie liefert



ihnen zudem eine religiös aufgeladene Rechtfertigung, auch mit militärischer Gewalt gegen die Regierung und gegen muslimische Politiker vorgehen zu dürfen, die in ihrem Regierungshandeln schon lange nicht mehr islamischen Grundsätzen des Gemeinwohls folgen. Das erklärt die zahllosen Anschläge auf Einrichtungen des Staates, des Militärs und der Polizei.

Westliche Dekadenz als vermeintliche Ursache der Misere

Aus Sicht von Boko Haram liegen die tieferen Ursachen der Misere darin, dass die nigerianische Herrschaftselite von westlichem Gedankengut und westlichen Verhaltensweisen infiziert ist. Die westliche Kultur mit ihrem Macht- und Profitstreben gilt den Islamisten als dekadent und verdorben und vor allem als gottlos. Und soweit Religion im westlichen Kulturkreis überhaupt noch ernst genommen wird, ist es eine aus islamischer Sicht verfälschte und in Irrlehren abgeglittene Religion, die in den Köpfen ihrer Anhänger nur Schaden anrichten kann. Deswegen geht Boko Haram (übersetzt: „westliche Bildung ist Sünde“) nicht nur gegen „unislamisch“ handelnde staatliche Institutionen vor, sondern auch gegen die christliche Religion. Deshalb werden Kirchen in die Luft gesprengt, Christen getötet oder per Ultimatum zum Verlassen der muslimischen Gebiete im Norden aufgerufen.

2014 – das bislang blutigste Jahr

Im Jahr 2014 hat sich die Lage durch den Terror von Boko Haram deutlich verschärft. Es war das bislang blutigste Jahr unter Boko Haram, mit mehreren Tausend Toten und Hunderttausenden Flüchtlingen. Ganze Dörfer und Städte im muslimisch geprägten Nordosten Nigerias wurden von Boko Haram erobert. Im August 2014 wurde ein Kalifat ausgerufen, in Anlehnung an den „Islamischen Staat“ im Irak und in Syrien.

Die Hauptziele der Terroranschläge waren Einrichtungen der Bundesregierung und der Bundesstaaten, Polizeistationen und militärische Einrichtungen, aber auch Moscheen und christliche Kirchen in den zentralen und nördlichen Bundesstaaten. Das erklärte Ziel von Boko Haram ist die Auslöschung aller christlichen Spuren auf nigerianischem Boden. Unmittelbar nach den Anschlägen an Weihnachten 2011 auf Kirchen in fünf Städten veröffentlichte Boko Haram eine Stellungnahme, in der sie allen Christen den Tod androhte,



Nigeria

wenn sie nicht Nigerias zentrale und nördliche Bundesstaaten innerhalb von drei Tagen verlassen sollten. Nach Ablauf dieser Frist flammten die Angriffe erneut auf. Sogar einige traditionelle muslimische Führer, die öffentlich Kritik an Boko Haram geübt hatten, wurden Ziel dieser Organisation. Drei von ihnen wurden umgebracht.

Auch die Entführungen, vor allem von Mädchen, hielten weiter an. Weltweite Betroffenheit erregte die Entführung von 276 Schülerinnen in der Stadt Chibok im Bundesstaat Borno im April 2014. Diese Region bildet die Hochburg und das Hauptaktionsfeld der Terrorbewegung. Ein kleiner Teil der entführten Mädchen konnte sich aus eigener Kraft befreien, von mehr als 200 Schülerinnen fehlt bis heute jede Spur. Alle Bemühungen der Regierung und der Sicherheitskräfte, die Entführten aufzuspüren, blieben bislang erfolglos.

Der Kampf der Regierung und des Militärs gegen Boko Haram gestaltete sich über lange Zeit mühsam und schwierig. Nur gelegentlich konnten Erfolge vermeldet werden. Zum Teil ist das auf den schlechten Zustand des Militärs zurückzuführen, also auf militärische Unfähigkeit. Immer wieder gibt es aber auch Gerüchte und Meldungen, nach denen innerhalb des Militärs zuweilen auch Sympathien für die Ziele und das Vorgehen von Boko Haram bestehen. Bestechliche Offiziere würden sogar mit Boko Haram kooperieren, sogar von Waffenverkäufen hochrangiger Offiziere an Boko Haram wurde berichtet. Zugleich berichtete Amnesty International über schwere Menschenrechtsverletzungen des Militärs gegenüber Gefangenen. Im ersten Halbjahr 2013 sollen 950 Gefangene in Militärgewahrsam zu Tode gekommen sein, durch Misshandlungen, Folter, unzureichend behandelte Schussverletzungen oder Hunger. Die Brutalität des Militärs werde von der muslimischen Bevölkerung ebenso gefürchtet wie die Gewaltaktionen von Boko Haram, was die Spannungen und Konflikte weiter anheize und der Terrorbewegung Boko Haram weiteren Zulauf verschaffe.

Seit 2009 terrorisiert Boko Haram das Land. Durch Anschläge auf belebte Märkte, Busbahnhöfe, staatliche Einrichtungen, Schulen, Kirchen und Moscheen und durch Kämpfe der Islamisten sind mehr als 13 000 Menschen ums Leben gekommen. Über weite Teile des Bundesstaates Borno hat die Regierung die Kontrolle verloren.



Terror greift auf die Nachbarländer über

Längst sind auch die Nachbarstaaten Nigerias bedroht. Im Februar 2015 griffen Milizen von Boko Haram erstmals Städte und Siedlungen im Niger und im Tschad an. Im Tschad und in Kamerun leben mehr als 150 000 nigerianische Flüchtlinge. Beim Gipfeltreffen der Afrikanischen Union (AU) im Januar 2015 beschlossen die Länder Tschad, Kamerun und Niger, eine 7500 Mann starke militärische Eingreiftruppe zu bilden, um Nigeria im Kampf gegen den Terror zu unterstützen. Später wurde die Truppenstärke auf 8700 Soldaten erhöht. Mit Hilfe dieses Militärverbunds gelang es dann im März 2015, von Boko Haram besetzte Städte und Ortschaften in den Bundesstaaten Yobe und Adamawa im Nordosten Nigerias zurückzuerobern.

Intoleranz und Diskriminierung gegenüber Christen

Religiöse Intoleranz und Diskriminierung gegenüber christlichen Gemeinden gibt es vor allem in den stärker islamisierten Bundesstaaten im Norden Nigerias (fast deckungsgleich mit den zwölf Bundesstaaten, in denen die Scharia gilt). Dazu zählen falsche Blasphemie-Anschuldigungen gegen christliche Schüler und Lehrer, wodurch diese gezwungen werden, ihre Schulen zu verlassen; Verweigerung von Baugenehmigungen für christliche Kirchen und Friedhöfe; Abriss angeblich illegal errichteter christlicher Gebetsstätten; die Entführung und erzwungene Konversion von Jugendlichen, überwiegend Mädchen, die dann mit muslimischen Männern verheiratet werden; Diskriminierung von Christen im öffentlichen Bereich und bei der Bewilligung staatlicher Dienstleistungen; Einschüchterung und Morddrohungen gegen zum Christentum konvertierte Muslime; Rechtsprechung über Christen vor Scharia-Gerichten, obwohl diese das Recht haben, vor ein anderes Gericht gestellt zu werden; Verhängung der islamischen Kleiderordnung über christliche Schülerinnen an staatlichen Schulen; Manipulation der Zulassungskriterien für staatliche Schulen und Universitäten mit dem Ziel, ausschließlich Muslimen den Vorzug zu geben.

Die Angehörigen der Maguzawa-Volksgruppe gehören ethnisch zwar zum großen Volksstamm der Hausa, sind aber, anders als diese, keine Muslime. Deshalb erfahren sie vielfache Diskriminierung. Laut nigerianischem Gesetz werden sie zur Urbevölkerung der nördlichen Bundesstaaten gerechnet. Weil



Nigeria

sie aber traditionellen Religionen oder verschiedenen christlichen Konfessionen angehören, werden sie von Arbeitsplätzen im Öffentlichen Dienst und in staatlichen Schulen ausgeschlossen.

Exemplarische Fälle von Gewalt und wichtige Entwicklungen

Im Folgenden werden einige exemplarische Fälle von Gewalt aufgelistet, in denen die Religionszugehörigkeit eine gewisse Rolle spielt. Eine vollständige Darstellung ist wegen der Vielzahl der Vorfälle nicht möglich. Darüber hinaus werden einige wichtige Vorkommnisse und Entwicklungen der letzten zwei bis drei Jahre dargestellt.

September 2013: Am 6. September 2013 wurde der zweithöchste Geistliche der Anglikanischen Kirche in Nigeria, Erzbischof Ignatius Kattey, in der Nähe der Stadt Port Harcourt im Süden Nigerias zusammen mit seiner Ehefrau von Bewaffneten entführt. Die Frau wurde kurz darauf wieder freigelassen, der Erzbischof kam erst nach gut einer Woche wieder frei. Ob Lösegeld geflossen ist, wurde nicht bekannt. In der erdölreichen Region des Nigerdeltas kommt es immer wieder zu Entführungen mit dem Ziel, Lösegeld zu erpressen. Meistens kommen die Geiseln ohne Schaden wieder frei. Im Norden Nigerias dagegen werden Entführungsoffer von ihren islamistischen Entführern häufig getötet.

September 2013: In dem Ort Dorawa im Bundesstaat Yobe im Nordosten Nigerias wurde ein Pastor in seiner Kirche zusammen mit zwei von seinen Kindern von mutmaßlichen Boko-Haram-Kämpfern erschossen. Das berichtete die Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV). Nach der Tat steckten die Angreifer die Kirche und zwei Häuser in Brand. Dann konnten sie unerkannt entkommen. Im Mai 2013 hatte die nigerianische Regierung in den nordöstlichen Bundesstaaten Yobe, Borno und Adamawa wegen der anhaltenden Gewalt von Boko Haram den Ausnahmezustand verhängt. Trotz dieser Maßnahme starben auch in den Folgemonaten Hunderte von Menschen bei Dutzenden von Anschlägen von Boko Haram.

September 2013: Bei einem nächtlichen Terroranschlag von Boko Haram auf das Wohnheim einer Landwirtschaftsschule in Gujba im Bundesstaat Yobe, rund dreißig Kilometer südlich der Stadt Damaturu gelegen, wurden mindes-



tens dreißig Studenten getötet. Auch in der Umgebung der Schule wurden Leichen gefunden.

Oktober 2013: Amnesty International berichtete über schlimme Zustände in nigerianischen Gefängnissen und äußerte den „begründeten Verdacht“, dass es dort „außergerichtliche Hinrichtungen“ gebe. Allein in den vorangegangenen sechs Monaten soll es 950 Todesfälle in den Gefängnissen gegeben haben. Bei den Toten handele es sich um mutmaßliche Mitglieder der islamistischen Terrorsekte Boko Haram, die man eigentlich hätte vor Gericht stellen müssen. Laut Angaben der Menschenrechtsorganisation sind die Zustände in den Gefängnissen besorgniserregend. Misshandlungen und Folter durch Kräfte der Polizei und des Militärs seien weit verbreitet, es herrsche ein Klima der Gewalt. Darüber hinaus gebe es oft nicht genug zu essen und es herrschten mangelhafte hygienische Bedingungen, die häufig zu Krankheiten führten. Beim Kampf gegen den Terror von Boko Haram komme es somit seitens der Regierung und der Sicherheitsorgane zu schweren Verstößen gegen die Menschenrechte, was die Gewaltspirale weiter anheize. Racheakte von Boko Haram richteten sich dann zum Beispiel auf christliche Gemeinschaften oder auf Schulen und deren Lehrer.

November 2013: Der katholische Erzbischof der nigerianischen Hauptstadt Abuja, John Kardinal Onaiyekan, nahm in Wien an einer Konferenz von rund 600 Religionsführern unterschiedlicher Religionen aus aller Welt teil. Bei der Konferenz der Initiative „Religions for Peace“ wurde eine sogenannte „Vienna Declaration“ verabschiedet, in der religiöser Extremismus scharf verurteilt und weltweiter Schutz der Religionsfreiheit gefordert wird. „Religions for Peace“ wurde 1970 gegründet, leistet Friedensarbeit durch interreligiösen Dialog und ist von der UNO als Nichtregierungsorganisation anerkannt. Kardinal Onaiyekan gehört als Co-Moderator zur Führungsspitze der Organisation.

Dezember 2013: In der christlichen Ortschaft Tashan-Alede im Bundesstaat Borno im Nordosten Nigerias wurden acht junge Männer von militanten Islamisten getötet. Sie hatten an einer Feier anlässlich einer bevorstehenden Hochzeit teilgenommen. Die Angreifer schossen mehrfach auf die Gruppe, die zusammen mit dem Bräutigam dessen Junggesellenabschied feierte. Derartige Feiern werden von Boko Haram als Folge zunehmenden Eindringens westlicher Kultur nach Nigeria strikt abgelehnt.



Nigeria

Dezember 2013: Nach sieben Wochen Geiselhaft konnte der französische katholische Priester Georges Vandenbeusch befreit werden. Er war am 13. November in Kamerun, nahe der Grenze zu Nigeria, von rund einem Dutzend maskierter Männer entführt und nach Nigeria verschleppt worden. Offizielle Stellen äußerten den Verdacht, dass es sich bei den Entführern um Anhänger von Boko Haram handeln könnte. Pfarrer Vandenbeusch hatte sich in seiner Pfarrei in Nguetchewe auch um Flüchtlinge aus Nigeria gekümmert. Über die Umstände seiner Befreiung wurde nichts bekannt gegeben.

Dezember 2013: Die Abteilung für humanitäre Hilfe der Vereinten Nationen meldete in einem Bericht, dass von Mai bis Dezember 2013 über 1200 Menschen bei Anschlägen und Attentaten von Boko Haram getötet wurden. Nicht mitgezählt wurden in dem Bericht die Menschen, die bei einer Offensive des nigerianischen Militärs gegen Boko Haram in den Regionen Borno, Yobe und Adamawa im Mai getötet wurden.

Januar 2014: In zehn afrikanischen Ländern beteten etwa 6000 islamische Geistliche vier Tage lang für Frieden und Harmonie zwischen Muslimen und Christen in Nigeria. Sie folgten damit einem Aufruf des Gouverneurs des nigerianischen Bundesstaates Bauchi, Isa Yuguda. Die Gebetsinitiative wurde in Ägypten, Senegal, Mauretanien, Algerien, Marokko, Niger, Tschad, Ghana und Kamerun aufgegriffen. Auch in Nigeria selbst wurde in den 36 Bundesstaaten die viertägige Gebetsaktion durchgeführt.

Januar 2014: Im Gespräch mit KIRCHE IN NOT warnte der Leiter des Apostolischen Vikariats Bomadi im Nigerdelta, Bischof Hyacinth Egbebo, vor der Gefahr, die von Boko Haram ausgeht. Sollte das Land in die Hände der Islamisten fallen, sei „ganz Afrika in Gefahr“. Der Bischof forderte deshalb den Westen zum Eingreifen auf. Sollte Boko Haram im Norden des Landes Erfolg haben, sei mit einer weiteren Expansion in den Süden Nigerias sowie in angrenzende Nachbarländer zu rechnen.

Februar 2014: Im Nordosten Nigerias, in dem überwiegend von Christen bewohnten Dorf Izghe im Bundesstaat Borno, wurden mehr als einhundert Zivilisten massakriert. Mutmaßliche Kämpfer von Boko Haram töteten 106 Menschen. Zuvor waren bereits Hunderte von Menschen aus Angst vor Angriffen geflohen.



Februar 2014: Während der außerordentlichen Vollversammlung der Kardinäle im Vatikan haben Papst Franziskus und die Kardinäle für verfolgte Christen in der ganzen Welt gebetet. Das gab der Sprecher des Vatikans, Pater Federico Lombardi, bekannt. Während der Versammlung sei ein „besonderes Gebet für die zahlreichen Christen“ eingefügt worden, „die in verschiedenen Teilen der Welt immer häufiger Intoleranz oder Verfolgung zum Opfer fallen“, so Lombardi. Der Papst und die Kardinäle sicherten den verfolgten Christen zu, regelmäßig für sie zu beten. Außerdem ermutigten sie die Opfer von Unterdrückung und Verfolgung, ihren Peinigern zu vergeben und ihrem Glauben treu zu bleiben. Bei den Beratungen der Kardinäle sei auch auf die Situation in Nigeria eingegangen worden, wo zahlreiche unschuldige Menschen bei Attentaten sterben und wo ein „wachsendes Klima der Gleichgültigkeit“ spürbar sei, so Lombardi weiter. Immer dringlicher werde der Einsatz der internationalen Staatengemeinschaft für Versöhnung, innere Sicherheit, Rechtsstaatlichkeit und humanitäre Hilfe in Nigeria und anderen Krisenländern. Wesentlich sei es, die ethnischen, politischen und wirtschaftlichen Ursachen dieser Konflikte zu sehen, die fälschlicherweise oftmals als Konflikte zwischen religiösen Gruppen beschrieben würden.

Februar 2014: Ende Februar wurden bei drei aufeinander abgestimmten Anschlägen von Boko Haram im Bundesstaat Adamawa im Osten Nigerias zahlreiche Christen getötet. Bei einem Überfall auf eine Schule starben 59 christliche Schüler, bei einem anderen Angriff wurden 37 Christen getötet, bei einem Überfall auf ein theologisches Seminar wurden drei Studenten umgebracht.

Februar 2014: In Maiduguri, der Hauptstadt des Bundesstaates Borno, starben bei der Explosion zweier Autobomben mehr als vierzig Menschen. Als Drahtzieher hinter den Anschlägen wurde auch diesmal die Terrorgruppe Boko Haram vermutet. Efreem Tresoldi, Chefredakteur von „Nigrizia“, einer Zeitschrift der Comboni-Missionare, kommentierte die neuerlichen Anschläge folgendermaßen: „In Nigeria gehören die Region Borno und Yobe zu den ärmsten des Landes mit einer Lebenserwartung von gerade einmal 47 Jahren und einem verbreiteten Analphabetismus. Eine gewisse Rachsucht ist unter den Menschen weit verbreitet wegen der vielen Ungerechtigkeiten auch von Seiten des Staates und wegen des Gefühls, vergessen zu sein. Boko Haram kann solche Grausamkeiten nicht nur aufgrund der Indoktrination ihrer



Nigeria

Kämpfer begehen, sondern auch wegen des Bedürfnisses nach Selbstjustiz gegenüber einem völlig ungenügenden Staat. Es gibt also soziale und wirtschaftliche Hintergründe, die diese Gegenden zu einem fruchtbaren Boden für kriminelle Gruppen machen.“ Allein mit Mitteln der Polizei und des Militärs sei das Problem von Boko Haram nicht in den Griff zu bekommen. Vielmehr müsse man „wirklich Hand anlegen an soziale und wirtschaftliche Reformen, um der großen Mehrheit junger Menschen Hoffnung zu schenken, die sonst keinerlei Perspektiven haben.“ Wegen der anhaltenden Gewalt seien im Norden Nigerias mittlerweile mehr als 300 000 Menschen auf der Flucht.

März 2014: Am 22. März 2014 war der Präsident Nigerias, Goodluck Jonathan, zu einer Audienz bei Papst Franziskus geladen. Anschließend traf er auch noch mit Kardinalstaatssekretär Pietro Parolin zusammen. Ein Vatikan-Statement betonte, beide Seiten hätten „jede Form von Gewalt verurteilt und eine schnelle Wiederherstellung des friedlichen Zusammenlebens in ganz Nigeria gewünscht“. Jonathan Goodluck ist Christ und stammt aus dem christlich geprägten Nigerdelta im Süden Nigerias.

April 2014: Der katholische Priester Patrick Tor Alumuk aus der Erzdiözese Abuja sagte gegenüber der katholischen Nachrichtenagentur Fides, Boko Haram erhalte Unterstützung von der Terrorbewegung „Al Qaida im islamischen Maghreb“ (AQMI), die ihre Wurzeln in Algerien hat. „Hunderte Kämpfer der AQMI aus dem Ausland verstärken die Einheiten der Boko Haram. AQMI wiederum wird von anderen Staaten unterstützt, die auf diese Weise Krieg gegen Nigeria führen“, so Alumuk. Die AQMI bilde auch Kämpfer der nigerianischen Boko Haram aus.

April 2014: In der Nacht vom 14. auf den 15. April wurden in Chibok im Bundesstaat Borno 276 jugendliche Schülerinnen von bewaffneten Männern aus dem Unterkunftsbereich einer staatlichen Schule entführt und verschleppt. Die Männer waren mit Lastwagen vorgefahren und hatten die für den Schutz der Schule abgestellten Soldaten überwältigt. Wie Augenzeugen berichteten, gaben sich die Angreifer gegenüber den Schülerinnen als Mitglieder der nigerianischen Streitkräfte aus. Sie zwangen die Schülerinnen auf die Lastwagen, dabei gelang einigen Schülerinnen die Flucht. Dann wurden die Geiseln an einen bislang unbekanntem Ort gebracht. Die staatliche Schule war in den 1940er Jahren von der protestantischen „Church of the Brethren“



(Kirche der Geschwister) aufgebaut worden. Viele der Schülerinnen gehörten dieser christlichen Gemeinschaft an. Am 5. Mai tauchte im Internet ein fast einstündiges Bekennervideo von Boko Haram auf. Der Anführer der Bewegung, Abubakar Shekau, teilte darin mit, dass er für die Entführung verantwortlich sei. Er betrachte die Mädchen als Sklavinnen, die er „auf dem Markt verkaufen“ wolle. Es muss befürchtet werden, dass die entführten Mädchen Opfer von Zwangsverheiratungen und sexuellen Übergriffen geworden sind. Eine Woche später tauchte ein weiteres Video auf. Darin waren rund 130 Mädchen und junge Frauen zu sehen, die nach islamischer Weise verschleiert waren und Koranverse aufsagten. Abubakar Shekau gab diesmal bekannt, die Mädchen seien zum Islam konvertiert und würden nur im Austausch gegen inhaftierte Mitglieder von Boko Haram freigelassen. In vielen Städten in Nigeria kam es unter dem Leitwort „Bring back our girls“ zu regelmäßigen, teilweise täglichen Demonstrationen, auf denen Boko Haram zur Freilassung der Mädchen und die nigerianische Regierung zu Maßnahmen gegen Boko Haram aufgefordert wurden. Diese Protestaktion erhielt internationale Aufmerksamkeit und Prominente wie Michelle Obama, Hillary Clinton oder Angelina Jolie bekundeten ihre Solidarität mit der Aktion. Auch Papst Franziskus hatte sich schon früh der Forderung nach Freilassung der Mädchen angeschlossen. Der Regierung und ihren Sicherheitsorganen gelang es jedoch weder, die entführten Mädchen zu befreien noch ihren genauen Aufenthaltsort ausfindig zu machen.

April 2014: Eine Nationalkonferenz mit fast 500 Vertretern aus Politik, Kirche und Gesellschaft trat auf Wunsch der Regierung zusammen, um über die Probleme Nigerias zu beraten, darunter das Problem der Terrorsekte Boko Haram. Beteiligt war auch eine sechsköpfige Delegation der katholischen Kirche. Der Erzbischof von Jos, Ignatius Kaigama, äußerte sich zu den Herausforderungen in einem Interview mit Radio Vatikan: „Ich stelle immer wieder die Frage, warum unsere Sicherheitskräfte, in die die Regierung ja so viel investiert hat, keine Ergebnisse bringen, will heißen, die zerstörerischen Taten Boko Harams verhindern. Das bedeutet, dass Boko Haram irgendeine Form der Rückendeckung haben muss, entweder international oder anders.“ Die internationale Staatengemeinschaft müsse Nigeria helfen, diese Zusammenhänge aufzudecken. „Wer sind die Sponsoren? Woher kommen die ausgeklügelten Waffen? Und handelt es sich wirklich um Boko Haram oder sind es Leute, die einen politischen Plan verfolgen? Die in Nigeria einfallen und Chaos schaffen



Nigeria

wollen? Wir und die internationale Gemeinschaft sollten da die Augen offenhalten und aufdecken, wie sie kommunizieren, Waffen ins Land bringen, ihre Rekruten trainieren – irgendjemand muss doch dafür verantwortlich sein, und die internationale Gemeinschaft kann uns helfen, das aufzudecken!“

Mai 2014: Auch die Caritas Nigeria äußerte in einer Verlautbarung den Verdacht, Boko Haram erhalte Unterstützung aus dem Ausland: „Die hoch entwickelte Technik und die Menge der Waffen sowie die logistische Organisation der Aufständischen lässt vermuten, dass es sich um gut finanzierte und organisierte Operationen handelt, die das Potenzial lokaler Einrichtungen überschreiten.“

Mai 2014: Aufs Schärfste verurteilt wurde die Entführung der Schülerinnen aus Chibok vom Päpstlichen Rat für den interreligiösen Dialog und vom Institut für interreligiöse Studien des Königshauses in Jordanien. Am Rande eines interreligiösen Treffens in der jordanischen Hauptstadt Amman riefen Vertreter beider Institutionen zur sofortigen Freilassung der Mädchen auf. Teilnehmer an dem Treffen waren unter anderem der Präsident des Päpstlichen Rates für den interreligiösen Dialog, Jean Louis Kardinal Tauran, und der jordanische Prinz El Hassan bin Talal. Der Austausch fand unter gemeinsamer Schirmherrschaft des Heiligen Stuhls und des „Royal Institute for Inter-Faith Studies“ am 13. und 14. Mai in Amman statt. Das Treffen war das dritte seiner Art im interreligiösen Dialog zwischen dem Vatikan und Jordanien.

Mai 2014: Im Mai wurde bekannt, dass Vertreter der Regierung und Vertreter von Boko Haram zu Gesprächen zusammenkommen wollten. In diesem Zusammenhang forderte der Erzbischof von Abuja, John Kardinal Olorunfemi Onaiyekan, die muslimischen Religionsführer auf, „sich für den Dialog und für die angekündigten Gespräche einzusetzen“. Im Gespräch mit Radio Vatikan sagte der Kardinal: „Schade finde ich, dass bisher die nigerianische Regierung die Causa Boko Haram nicht auch als religiösen Konflikt betrachtet. Wohlgemerkt, es geht nicht in erster Linie um einen Religionskrieg, aber es ist auch falsch zu behaupten, Boko Haram habe nichts mit Religion zu tun.“ Der Kardinal sieht hier vor allem gemäßigte Muslime in der Pflicht. Man müsse sich darüber klar sein, dass die Terrorsekte ihre Gewalttaten mit religiösen Motiven rechtfertigt. „Man muss doch nur die Videos anschauen, in denen die Führer von Boko Haram ganz klar vom Islam sprechen. Wir



Christen und Muslime müssen mit Klarheit sagen, dass wir damit ein Problem haben. Nur gemeinsam können wir einen Beitrag für den Dialog leisten, wenn wir Christen und Muslime in dieser Hinsicht vereint sind. Die muslimischen Religionsführer müssten „einen Schritt weiter gehen, als Boko Haram nur zu verurteilen. Es geht darum, dass die Mentalität und die Einstellung dieser Menschen geändert wird. Einen solchen konkreten Schritt müssten die muslimischen Religionsführer akzeptieren, damit wir vorwärts kommen können.“

Mai 2014: Bei einem internationalen Gipfeltreffen in Paris unter Vermittlung des französischen Präsidenten Francois Hollande vereinbarten die Staatsoberhäupter von Nigeria, Kamerun, Niger, Tschad und Benin ein gemeinsames Vorgehen im Kampf gegen den Terrorismus in Nigeria.

Mai 2014: Im Mai 2014 setzte der UNO-Sicherheitsrat die nigerianische Gruppe Boko Haram auf die Schwarze Liste der Terrororganisationen. Gleichzeitig wurden Sanktionen gegen die Terrorbewegung beschlossen: Internationale Konten der Islamisten sollen von nun an blockiert, und Waffen dürfen nicht mehr an sie geliefert werden.

Juni 2014: Nach zwei Monaten Geiselhaft konnten die beiden italienischen katholischen Priester Gian Antonio Allegri und Giampaolo Marta sowie die kanadische Ordensschwester Gilberte Bussier befreit werden. Sie waren in der Nacht zum 5. April von bewaffneten Unbekannten aus ihrem Haus in der Diözese Maroua-Mokolo im Norden Kameruns entführt und nach Nigeria verschleppt worden. Ende Juni wurde in Kamerun ein Verdächtiger festgenommen, der als Mitglied einer Bande gilt, die ausländische Staatsbürger in Kamerun entführt und dabei wahrscheinlich mit der nigerianischen Terrorsekte Boko Haram zusammenarbeitet. Im Norden Kameruns, wo schon seit vielen Jahren italienische Priester in der Mission arbeiten, hatte es schon seit einiger Zeit Drohungen gegen die Missionare gegeben.

Juli 2014: Auf Initiative der katholischen Bischöfe begann in Nigeria eine Gebetsinitiative für den Frieden im Land, die bis Dezember 2014 gehen sollte. Wie die Nachrichtenagentur Fides berichtete, gab es in jedem Monat ein besonderes Gebetsanliegen. Im Juli sollte für die Freilassung aller Entführten gebetet werden. Im August wurde gebetet für alle, die unter den Folgen der



Nigeria

Gewalt leiden, und im September für die Polizisten und Soldaten, die bei der Verteidigung des Landes ihr Leben verloren haben oder verletzt wurden. Die Gebetsanliegen für die weiteren Monate waren eine gute Regierungsführung (Oktober), die Ausrottung der Korruption (November) und die Werte der Familie (Dezember).

August 2014: Nachdem Boko Haram im August 2014 die Stadt Gwoza im Bundesstaat Borno im Nordosten Nigerias erobert hatte, rief der Anführer von Boko Haram, Abubakar Shekau, per Videobotschaft ein islamisches Kalifat aus. Er war bekleidet mit einem militärischen Kampfanzug und trug eine Kalaschnikow über der Schulter. Neben ihm standen weitere bewaffnete und maskierte Männer, im Hintergrund waren mehrere Militärfahrzeuge zu sehen. Die Stadt Gwoza, so wurde in dem fast einstündigen Videofilm erklärt, sei nun „Teil des islamischen Kalifats“. Die Regierung Nigerias erkennt das Kalifat nicht an und erklärte, Nigeria sei unteilbar. Der Erzbischof von Abuja, John Olorunfemi Kardinal Onaiyekan, nannte die Proklamation sinnlos. „Die Region liegt auf nigerianischem Boden“, sagte der Kardinal der Katholischen Nachrichten-Agentur. Er vermutete, Boko Haram orientiere sich an den Entwicklungen in Syrien und im Irak. Dort hatte die Terrormiliz „Islamischer Staat“ (IS) Ende Juni 2014 ein Kalifat ausgerufen. Boko Haram schein eine neue Strategie zu verfolgen und nicht mehr nur Anschläge verüben zu wollen, sondern durch Eroberungen die Herrschaft über große Gebiete anzustreben. Aufgrund der neuen Entwicklungen ergriffen Tausende von Menschen die Flucht vor Boko Haram.

August 2014: In dem Ort Madagali im Bundesstaat Adamawa überfielen Kämpfer von Boko Haram eine katholische Kirche und besetzten mehrere Häuser von Christen. Dutzende Christen wurden getötet, kirchliche Gebäude wurden niedergebrannt. Ein Sprecher der Diözese Maiduguri erklärte gegenüber der Katholischen Nachrichten-Agentur, in Madagali sei die Scharia eingeführt worden. Männer seien enthauptet und Frauen zum Übertritt zum Islam gezwungen worden. Einige Frauen seien zwangsverheiratet worden. Geflüchtete Einwohner hätten von einer „großen Verfolgung“ der Christen berichtet.

September 2014: Die Nachrichtenagentur Fides berichtete, im Grenzgebiet von Nigeria zu Kamerun befänden sich mehr als 30 000 Flüchtlinge und seien



in großer Not. Sie seien vor allem aus der Stadt Kerawa im Bundesstaat Borno geflüchtet. Kerawa liegt genau auf der Grenze von Nigeria und Kamerun, ein Teil der Stadt gehört zu Kamerun. Kämpfer von Boko Haram hätten dort mehr als sechzig Menschen durch Enthauptung getötet, vor allem Christen und Soldaten der Regierung, und seien auch in den kamerunischen Teil der Stadt vorgedrungen.

September 2014: Auch aus Maiduguri, der Hauptstadt des Bundesstaates Borno, flüchteten Tausende von Menschen vor der Gewalt von Boko Haram. Im Gespräch mit Radio Vatikan äußerte Enrico Casale, Afrika-Experte bei der Missionszeitschrift „Popoli“ der Jesuiten, die Befürchtung, der Bundesstaat Borno könne sich von Nigeria abspalten – mit dramatischen Folgen für das Gleichgewicht der gesamten Region. „Borno könnte ein autonomes Territorium werden, ähnlich jenem, das der IS im Irak ausgerufen hat. Denken wir daran, dass Boko Haram auch Nord-Kamerun bedroht hat. Gefahr bestünde dann auch für den Tschad und andere Nachbarländer. Die Sorge ist wirklich die, dass sich Boko Haram ausbreitet und festigt, vielleicht auch mit Milizen verschmilzt, die im Sahel operieren.“

September 2014: Die Vereinten Nationen veröffentlichten eine Schätzung, nach der allein von Januar bis August 2014 mindestens 650 000 Menschen in Nigeria vor der Gewalt von Boko Haram geflüchtet sind. Im Gespräch mit Radio Vatikan appellierte Erzbischof Ignatius Kaigama von Jos an die internationale Gemeinschaft, die Waffenlieferungen an Boko Haram zu stoppen. „Ohne Zweifel wird die Gruppe mit Waffen aus dem Ausland versorgt“, so der Erzbischof. Wie sei es sonst zu erklären, dass Boko Haram über modernere Waffen verfüge als die nigerianischen Regierungstruppen. „Es müssen Personen oder Länder dahinter stecken, die der Gruppe von außen helfen, diese Gewalt fortzusetzen.“ Die internationale Staatengemeinschaft müsse mit ihren Sicherheitsdiensten die Quellen und die Verbreitungswege der Waffenlieferungen aufdecken und dann den Nachschub für Boko Haram stoppen. Nach Angaben von Beobachtern setzt Boko Haram nicht mehr nur Geländewagen ein, sondern operiert auch mit Schützen- und Kampfpanzern sowie anderen schweren Waffen. Erzbischof Kaigama appellierte in diesem Interview auch direkt an die Führer von Boko Haram, die in Chibok entführten Mädchen freizulassen und die Gewalt zu beenden: „Das ist kein Gotteswerk! Sie sagen, sie tun es für den Islam, für Gott. Aber das ist nicht authentisch.“



Nigeria

September 2014: Auch der Bischof der Diözese Maiduguri im Bundesstaat Borno, Bischof Oliver Dashe Doeme, musste vor der Gewalt von Boko Haram fliehen. Mit Tausenden von Flüchtlingen habe er sich in dem südlich angrenzenden Nachbarstaat Adamawa in Sicherheit gebracht, wo er Unterschlupf in einer Kirchengemeinde gefunden habe. Viele Flüchtlinge seien der Gewalt der islamistischen Sekte nur um ein Haar entkommen, so der Bischof. Viele Familien seien auf der Flucht getrennt worden, zahlreiche Eltern seien auf der Suche nach ihren Kindern. Nach Angaben des Bischofs hätte Boko Haram im Nordosten Nigerias inzwischen 25 Städte in ihre Gewalt gebracht. Jetzt marschierten die Terroristen auf die Millionenstadt Maiduguri zu. Hunderttausende von Flüchtlingen hatten in den Monaten zuvor in dieser Großstadt Zuflucht gesucht. Auch der Afrika-Referent der Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV), Ulrich Delius, machte auf die gefährliche Entwicklung in Nigeria aufmerksam und erklärte: „Jede Woche fallen zurzeit im Norden Nigerias 60 bis 80 Menschen dem Terror von Boko Haram zum Opfer.“ Nach Angaben der GfbV seien in den vergangenen Tagen zehn Kirchen im Norden des Landes niedergebrannt worden. In dem Dorf Shaffa seien eine Mädchenschule und eine Krankenstation zerstört worden.

Oktober 2014: Auf einem Gipfeltreffen in Niamey, der Hauptstadt des Staates Niger, beschlossen die Staatschefs von Nigeria, Kamerun, Niger und Tschad, eine gemeinsame militärische Kampfereinheit aufzubauen, um mit ihr die Terrorbewegung Boko Haram zu bekämpfen.

Oktober 2014: In einem Interview mit Radio Vatikan verglich Pater John Bakenis von der Diözese Maiduguri das Vorgehen von Boko Haram mit der Gewalt im „Islamischen Staat“ in Syrien und im Irak: „Sie haben dieselbe Methode bei der Besetzung von Dörfern und beim Töten von Menschen. Sie wollen das Gesetz der Scharia ausrufen und ein Kalifat errichten, in dem nur Muslime leben, wie in Syrien, im Irak und in Somalia.“ Auch gebe es Entauptungen durch die Terroristen von Boko Haram, die denen der IS-Milizen ähnelten. Frauen würden oft vor die Wahl zwischen einem Übertritt zum Islam oder dem Tod gestellt. Religiöse Minderheiten würden verfolgt, viele Christen seien getötet und ihre Häuser niedergebrannt worden. Allein in der Diözese Maiduguri habe Boko Haram inzwischen 185 Kirchen in Brand gesteckt. Viele der vertriebenen Christen hätten in den Städten Maiduguri, Mubi, Yola und Jos Zuflucht gesucht, so Pater John Bakenis.



Oktober 2014: Der Laienmissionar Fabio Mussi, der im Norden Kameruns für die päpstlichen Missionswerke (PIME) die Caritasarbeit in der Diözese Yagoua koordiniert, berichtete in einem Interview mit Radio Vatikan, Boko Haram verfolge den Plan, ein länderübergreifendes Kalifat in der Region aufzubauen. „Vor ungefähr eineinhalb Jahren hat Boko Haram begonnen, auch über die Grenzen Nigerias bis nach Kamerun zu gehen. Sie wollen um jeden Preis ein islamisches Kalifat aufbauen, das bis nach Äthiopien und Somalia reicht, wo die Islamisten Unterstützung der al-Shabaab-Rebellen finden. Dieses Projekt hat also zur Invasion in einigen Gebieten geführt, vor allem im Norden Kameruns in der Nähe des Tschadsees, wo wir an der Grenze zu Nigeria arbeiten.“ Die Terrorsekte lasse nur diejenigen Menschen in Ruhe, die sich der islamistischen Ideologie von Boko Haram bedingungslos unterwerfen würden. Alle anderen würden getötet oder vertrieben. Auch in Kamerun seien inzwischen viele Menschen vor der Gewalt von Boko Haram geflüchtet.

Oktober 2014: Ende Oktober 2014 berichtete der Medienverantwortliche des Bistums Maiduguri, Gideon Obasogie, gegenüber dem Catholic Information Service for Africa (CISA), die Kirche im Norden Nigerias erlebe derzeit einen „Moment schwerer Verfolgung“. Über 90 000 Katholiken seien vor der Gewalt von Boko Haram geflohen, darunter etwa zwanzig Priester. Vierzehn Pfarreien seien von Boko Haram überfallen und geplündert worden. Eine Besserung der Lage sei derzeit nicht in Sicht. Unter der schlimmen Situation würden besonders die Kinder leiden. Viele Kinder würden auf der Flucht krank, zahlreiche Kinder seien bereits gestorben.

November 2014: Gegenüber dem katholischen Missionswerk „Missio“ in Aachen teilte Bischof Stephen Dami Mamza mit, seine Diözese in Yola im Bundesstaat Adamawa im Osten Nigerias müsse wegen der sich ausbreitenden Gewalt von Boko Haram alle Missionsschulen und das Kleine Priesterseminar schließen. In Yola herrsche Angst, dass Boko Haram auch diese Stadt erobern könne, die Islamisten hätten bereits mit der Eroberung gedroht. „Ich habe auch alle ausländischen Missionare gebeten, Yola vorübergehend zu verlassen, und meine Priester angewiesen, vorsichtig zu sein“, erklärte der Bischof.

November 2014: Bei einem Selbstmordanschlag von Boko Haram auf eine weiterführende Schule für Jungen in der Stadt Potiskum im Bundesstaat Yobe



Nigeria

im Nordosten Nigerias wurden am 10. November 2014 mehr als vierzig Schüler getötet und viele weitere schwer verletzt. Bischof Oliver Dashe Doeme von der Diözese Maiduguri erläuterte im Gespräch mit Radio Vatikan den Hintergrund dieses Anschlags: „Boko Haram ist gegen Schulbildung im westlichen Sinne. Deshalb wollen sie Angst unter Schülern und Eltern verbreiten, die Schulen zu betreten. Das Ziel von Boko Haram ist die Einführung der Scharia.“ Die Zahl der Flüchtlinge steige immer weiter an, die Angst der Menschen vor Boko Haram sei groß, so Bischof Doeme. „Jeder weiß hier, dass die Terroristen nicht zimperlich umgehen und jeden töten, der nicht zum Islam konvertiert. Die katholische Kirche hilft den Flüchtlingen durch ihre Hilfswerke, und da machen wir keinen Unterschied, ob es sich um Christen oder Muslime handelt.“

November 2014: Die Gewalt von Boko Haram richtet sich nicht nur gegen religiöse Minderheiten, darunter vor allem die Christen, sondern immer wieder auch gegen muslimische Einrichtungen. Am 28. November 2014 erfolgte ein schwerer Anschlag auf die Große Moschee in der Millionenstadt Kano im Norden Nigerias. Dabei wurden etwa 120 Menschen getötet und rund 260 Menschen verletzt. Drei Bomben explodierten, als das Freitagsgebet in der Moschee gerade begonnen hatte. Auf die Menschen, die vor Panik flüchteten, wurden zahlreiche Schüsse abgegeben. Ganz in der Nähe der Großen Moschee in Kano hat der Emir von Kano seinen Palast, Emir Muhammadu Sanusi II., der im Juni 2014 dieses Amt übernommen hat. Der Emir hatte sich kritisch über Boko Haram geäußert und zum Kampf gegen die Terrorbewegung aufgerufen. Der Anführer von Boko Haram, Abubakar Shekau, warf dem Emir im Dezember 2014 vor, er sei vom „wahren Islam“ abgewichen. Deshalb werde er ihn töten lassen. Der Emir von Kano gilt traditionell als der zweithöchste geistliche Führer der Muslime in Nigeria und hat auch eine wichtige Führungsfunktion in der Tijaniyya-Sufi-Gemeinschaft. Höchster geistlicher Führer der Muslime in Nigeria ist der Sultan von Sokoto im gleichnamigen Bundesstaat Sokoto im Nordwesten von Nigeria, der zugleich auch der Leiter der Qadiriyya-Sufi-Gemeinschaft ist. Seit November 2006 hat Muhammad Sa'ad Abubakar das Amt inne. Zusammen mit dem Erzbischof von Abuja, John Kardinal Onaiyekan, ist Sultan Muhammad Sa'ad Abubakar Co-Präsident des „Nigerianischen Verbands des Handelns für den Glauben“. Die beiden Religionsführer haben sich wiederholt für eine Zusammenarbeit von Muslimen und Christen in Nigeria ausgesprochen. Der Sultan war auch



einer der 138 Unterzeichner des offenen Briefes „Ein gemeinsames Wort zwischen Uns und Euch“, den Persönlichkeiten des Islam im Oktober 2007 an „Führer christlicher Kirchen überall“ gerichtet haben.

November 2014: Laut einem Bericht der „Gesellschaft für bedrohte Völker“ war der November 2014 der bisher blutigste Monat seit Beginn des Terrors von Boko Haram im Norden Nigerias im Jahr 2009. Allein im November seien mindestens 676 Menschen bei Terroranschlägen und Gewaltakten von Boko Haram ums Leben gekommen. Es gebe darüber hinaus aber noch eine erhebliche Dunkelziffer von nicht erfassten Terroropfern.

Januar 2015: Im Januar 2015 gelang es Boko Haram, die Stadt Baga im Bundesstaat Borno im Nordosten Nigerias, zu erobern. Baga liegt in der Nähe des Tschad-Sees. Zahlreiche Häuser sollen durch Boko Haram zerstört worden sein. Hunderte oder gar Tausende Bewohner sind geflüchtet. Über die Zahl der Todesopfer liegen sehr widersprüchliche Meldungen vor. Während die BBC zum Beispiel von rund 2000 Todesopfern sprach, meldeten lokale Medien etwa 100 oder 150 Todesopfer.

Januar 2015: Am 7. und 8. Januar 2015 wurden in Paris islamistische Terroranschläge auf die Redaktion der Satirezeitschrift Charlie Hebdo und auf einen Supermarkt verübt, bei denen siebzehn Menschen getötet wurden. Am darauffolgenden Sonntag versammelten sich in Paris rund 1,5 Millionen Menschen zu einem Trauermarsch. Auch in anderen französischen Städten fanden Solidaritätskundgebungen statt. In ganz Frankreich wurden mindestens 3,7 Millionen Demonstranten gezählt. Unter dem Eindruck dieser Ereignisse äußerte sich Erzbischof Ignatius Kaigama aus Jos gegenüber Radio Vatikan, er wünsche sich ähnliche Reaktionen auch für Nigeria. Dort sollte den Opfern des Terrors ähnlich viel Aufmerksamkeit geschenkt werden wie jetzt den Ermordeten in Frankreich. Auch in Nigeria sollten die Menschen auf die Straße gehen und ihre Anteilnahme bekunden. „Wie das in Frankreich abläuft, finde ich großartig. Ich habe unserer Regierung gesagt, dass ich ein bisschen neidisch bin. Weil sie Liebe zeigen. Ich habe gesagt, so was könnten wir doch auch machen. Auch unsere Regierung sollte das Leben jedes einzelnen Nigerianers wertschätzen. Es wurden hier so viele Menschen ermordet. Und niemanden scheint es wirklich zu interessieren. Es wurden hunderte Mädchen entführt – und nichts ist passiert. Wenn wir so einen



Nigeria

Patriotismus und diese Liebe für unser Land hätten, dann würden wir so reagieren wie die Franzosen.“

Februar 2015: Auf ihrem Gipfeltreffen in der äthiopischen Hauptstadt Addis Abeba beschloss die Afrikanische Union, einen Militäreinsatz mit mindestens 7500 Soldaten aus mehreren Ländern gegen die Terrorgruppe Boko Haram zu starten.

März 2015: Im Vatikan wurde ein Brief veröffentlicht, den Papst Franziskus an die katholischen Bischöfe in Nigeria geschrieben hat. „Ich möchte euch versichern, dass ich für euch und für alle jene, die leiden, da bin“, schreibt der Papst in diesem Brief. „Neue und gewalttätige Formen von Extremismus und Fundamentalismus auf ethnischer und religiöser Basis plagen das Land“, so heißt es in dem Brief weiter. Sowohl Christen als auch Muslime litten unter diesem Terror. Die Fundamentalisten „behaupten, religiös zu sein, aber stattdessen missbrauchen sie Religion und machen daraus eine Ideologie für ihre eigenen verzerrten Interessen von Ausbeutung und Mord.“ Die Menschen in Nigeria forderte der Papst auf, an einer „Kultur des Friedens“ zu bauen.

März 2015: Im Gespräch mit Radio Vatikan berichtete der Erzbischof von Jos, Ignatius Kaigama, davon, dass sich das interreligiöse Klima in den vergangenen Jahren verschlechtert habe. „Boko Haram hat Angst und Anspannung geschaffen. Es gibt heute einen Generalverdacht, eine Barriere zwischen Christen und Muslimen. Normalerweise leben diese Gruppen gut zusammen. Boko Haram hat das geändert. Unsere Leute sind nicht mehr dazu imstande, jemandem zu trauen, der Muslim ist, weil Boko Haram im Namen des Islam tötet. Und einige sind nicht in der Lage, Islam von Terrorismus zu unterscheiden. Wenn Sie Städte und Dörfer mit gemischten Populationen haben, ist das eine wirklich ungesunde Atmosphäre, die hier entstanden ist.“ Dabei gebe es seit Jahren einen funktionierenden interreligiösen Dialog zwischen Muslimen und Christen. Besonders die katholische Kirche sei hier sehr engagiert. „Jeder Bischof in Nordnigeria ist am Dialog interessiert und gibt sich Muslimen gegenüber offen und freundlich“, so Bischof Kaigama.

März 2015: Auf einem Krisengipfel der Caritas-Dachorganisation „Caritas internationalis“ zum Flüchtlingsproblem in Nigeria meldete die Hilfsorganisation, allein im Jahr 2014 seien eine Million Menschen in Nigeria vor der Ge-



walt von Boko Haram geflohen. Viele der Flüchtlinge erhielten ausschließlich von Einrichtungen der katholischen Kirche und einigen humanitären Gruppen Hilfe.

März 2015: Die Präsidentschafts- und Parlamentswahlen am 28. März 2015 führten zu einem Machtwechsel. Der bisher amtierende christliche Präsident Goodluck Jonathan wurde abgelöst durch den muslimischen Kandidaten der bisherigen Opposition, Muhammadu Buhari. Die Amtseinführung des neuen Präsidenten erfolgte am 29. Mai 2015. Die Wahlen sollten ursprünglich bereits am 14. Februar stattfinden, wurden aber um sechs Wochen verschoben, um den multinationalen Truppen mehr Zeit für die Rückeroberung der von Boko Haram besetzten Gebiete zu geben und für eine sicherere Lage während der Wahlen zu sorgen. Tatsächlich war es den Soldaten aus Kamerun, Niger und dem Tschad in den Wochen vor der Wahl gelungen, einen Teil der von Boko Haram besetzten Gebiete zurückzuerobern. Die katholischen Bischöfe in Nigeria zeigten sich zufrieden mit dem Ablauf der Präsidentschaftswahlen. Der neue Präsident habe versprochen, eine „nicht-religiöse Agenda“ zu verfolgen. Auch viele Christen hätten Buhari gewählt. Das zeige, dass die Bürger des Landes das Allgemeinwohl verfolgten und die Politik nicht mehr länger allein durch eine ethnische oder religiöse Brille sähen.

April 2015: Zum ersten Jahrestag der Entführung der Mädchen von Chibok kündigte der zukünftige Präsident von Nigeria, Muhammadu Buhari, höchste Anstrengungen zur Befreiung der Schülerinnen an. Der Terrormiliz Boko Haram sagte er den Kampf an. Allerdings könne er nicht versprechen, dass eine Befreiung tatsächlich gelingen werde.

April 2015: Ende April 2015 wurde gemeldet, dass es der nigerianischen Armee gelungen sei, rund 300 Frauen und Kinder zu befreien, die von Boko Haram entführt und in einem Wald bei Sambisa festgehalten worden waren. Unter den befreiten Personen befanden sich jedoch nicht die im April 2014 in Chibok entführten Mädchen. Trotz der Offensive der nigerianischen und multinationalen Truppen gegen Boko Haram gingen die Anschläge der Terrorbewegung weiter.

Mai 2015: Nachdem einige von Boko Haram besetzte Gebiete durch Regierungstruppen befreit werden konnten, kehrte ein Teil der Binnenflüchtlinge in



Nigeria

ihre Heimat zurück. Wie Kirchenvertreter berichteten, seien dort aber zum Teil die Wohnhäuser zerstört. Auch landwirtschaftliche Maschinen seien zum Teil beschädigt oder gestohlen worden. Es herrsche ein Mangel an Nahrungsmitteln, auch der Handel müsse erst wieder in Gang kommen, ein Teil der Infrastruktur müsse wieder aufgebaut werden.

Juni 2015: Nach der Amtseinführung des neuen Präsidenten Muhammadu Buhari am 29. Mai kam es wiederholt zu neuen Anschlägen von Boko Haram, vor allem im Bundesstaat Borno im Nordosten Nigerias. Die Terrorbewegung Boko Haram demonstrierte damit, dass sie noch nicht besiegt ist. Anfang Juni hatte Präsident Muhammadu Buhari einen Null-Toleranz-Kurs gegenüber Boko Haram angekündigt. Er reagierte damit auf zwei Anschläge in Maiduguri. Einer davon erfolgte in einer Moschee, dabei starben lokalen Angaben zufolge 26 Menschen.

Juli 2015: Optimistisch äußerte sich im Juli 2015 der Kommunikationsdirektor der katholischen Erzdiözese von Abuja, Patrick Tor Alumuku, gegenüber dem vatikanischen Pressedienst Fides. Seiner Beobachtung nach verliere Boko Haram in Nigeria offensichtlich an Boden und sei nicht mehr in der Lage, ganze Regionen unter seiner Kontrolle zu halten. Die Mitglieder der Terrororganisation seien in den Wäldern im Norden des Landes verstreut oder hätten sich in die Nachbarstaaten zurückgezogen.

Oktober 2015: Nach Einschätzung der Menschenrechtsorganisation Amnesty International bleibt die Terrorgruppe Boko Haram auch weiterhin eine große Gefahr für den Norden Nigerias. Nach Angaben der Organisation wurden allein seit Jahresbeginn 2015 durch Anschläge und Überfälle rund 3500 Menschen getötet. Seit der Amtseinführung des neuen Präsidenten Muhammadu Buhari Ende Mai 2015 gab es demnach 1600 Todesopfer. Im Nachbarland Kamerun sollen durch Anschläge von Boko Haram etwa 400 Menschen ums Leben gekommen sein.

Oktober 2015: Noch immer fehlt jede Spur von den mehr als 200 Schülerinnen, die im April 2014 aus einem Internat in Chibok im Bundesstaat Borno entführt und verschleppt worden sind.



Interreligiöser Dialog und Bemühungen um Frieden und Versöhnung

Vor dem Hintergrund der ausufernden Gewalt hat es in den vergangenen Jahren viele Versuche und Bestrebungen gegeben, die religiös motivierte Gewalt einzudämmen. Leider waren manche Erfolge auf diesem Gebiet nur von vorübergehender Dauer oder beschränkten sich auf lokale Gebiete.

Die „Christian Association of Nigeria“ (CAN) ist Nigerias größte christliche Vereinigung. Sie fungiert als Dachorganisation, um die Rechte von Christen zu verteidigen und die interreligiösen Beziehungen mit Muslimen zu fördern.

In den vergangenen Jahren hat sich der „Nigerian Inter-Religious Council“ (NIREC) als das wichtigste Forum für interreligiöse Zusammenarbeit und Versöhnungsarbeit etabliert. Er besteht aus 50 Mitgliedern, 25 Muslimen und 25 Christen, und wird im Doppelpräsidium geleitet vom Präsidenten der CAN und dem höchsten muslimischen Würdenträger des Landes, dem Sultan von Sokoto.

Sehr erfolgreich mit seiner Arbeit ist das „Muslim Network of Islamic Organisations for Peace“ (Muslimisches Netz islamischer Organisationen für den Frieden). Regelmäßige Arbeitstreffen mit der Zielsetzung, Brücken zwischen Christen und Muslimen zu bauen, haben bei der Landbevölkerung zu ersten Erfolgen geführt. Im Bundesstaat Niger haben die interreligiösen Spannungen nachgelassen dank der Friedensbemühungen von Dr. Ahmed Lehmou und seines Sohnes Nurudeen.

Positiv zu vermerken ist, dass Regierungsvertreter der zentralen und nördlichen Staaten Nigerias wegen der zahlreichen religiösen Konflikte die interreligiösen Gespräche gefördert haben, um weitere Vorkommnisse zu verhindern. In Kano und Kaduna besuchten prominente muslimische Verantwortungsträger christliche Gemeinden und Gemeindeführer, die von der extremistischen Terrororganisation Boko Haram angegriffen worden waren, um ihre Solidarität mit ihnen auszudrücken.

Der Sicherheitsdienst des Staates hat inzwischen damit begonnen, die Predigten in den Moscheen und Kirchen zu überwachen, um so möglicher Gewalt vorzubeugen. Die Prediger selbst müssen um Genehmigung bei den Behörden



Kirche in Not

ACN DEUTSCHLAND

Nigeria

anfragen. Man hofft, durch diese Kontrollmaßnahmen die Verbreitung von Botschaften einzudämmen, die ansonsten zu religiösen Konflikten führen könnten.

Quellen

Agenzia Fides (missionarischer Nachrichtendienst der katholischen Kirche)
Amnesty International
Catholic Information Service for Africa (CISA)
Deutsche Welle (DW): www.dw.com
Human Rights Watch
Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM)
Katholische Nachrichtenagentur (KNA)
Pew Research Center
Radio Vatikan, Newsletter
U.S. Department of State: International Religious Freedom Report, 2013
U.S. Commission on International Religious Freedom (USCIRF): Annual Report 2015
ZENIT (Nachrichtenagentur)